

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lammert, Kiep, Dr. Waigel, Gerstein, Wissmann, Breuer, Weiskirch (Olpe), Dr. Unland, Löher, Link, Frau Hürland, Landré, Tillmann, Frau Karwatzki, Dr. Pohlmeier, Dr. Schwörer, Sauer (Salzgitter), Conrad (Riegelsberg), Müller (Wadern), Ganz (St. Wendel) und der Fraktion der CDU/CSU

Strukturkrise der europäischen Stahlindustrie und deutsche Stahlpolitik

Die Situation der europäischen Stahlindustrie ist durch eine fort-dauernde Strukturkrise und eine weitgehende Renationalisierung der Stahlpolitik gekennzeichnet. Trotz formal verbesserter Grundlagen für die Melde- und Genehmigungspraxis für Beihilfen an die Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft durch den 2. Subventionskodex sind die massiven Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Gemeinschaft nicht beseitigt. Eine durchgreifende Verbesserung der Situation ist nach allen bislang vorliegenden Erfahrungen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob mit den gezahlten, genehmigten oder vorgesehenen Beihilfen die Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität der europäischen und der deutschen Stahlunternehmen auf Dauer ohne Subventionen unter normalen Marktbedingungen wiederhergestellt werden kann. Nicht nur im Interesse der deutschen Stahlunternehmen, denen nach wie vor faire Wettbewerbsbedingungen verweigert und die aussichtslose Konkurrenz gegen die Staatskassen der Nachbarländer zugemutet werden, sind tiefgreifende Maßnahmen erforderlich, die diese unerträgliche Entwicklung mit ihren verheerenden Folgen für die Investitionskraft der Unternehmen und die Beschäftigungssituation in den betroffenen Regionen stoppen, in denen auch andere Wirtschaftszweige zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt erhebliche und nicht hinnehmbare Mängel in der formalen und materiellen Anwendung des Subventionskodex durch die EG-Kommission fest. Die hohen Erwartungen, die an die Verabschiedung des 2. Subventionskodex für die Bewältigung der europäischen Stahlkrise geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt. Die nationalen Beihilferegeln für die jeweilige Stahlindustrie sind weder in vollem Umfang transparent noch im Volumen abgebaut worden.

2. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß der zur notwendigen Anpassung der Kapazitäten an die tatsächliche Nachfrage unverzichtbare Abbau von Überkapazitäten nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den europäischen Nachbarländern erhebliche ökonomische und soziale Probleme verursacht, deren Lösung allerdings um so schwieriger werden muß, je mehr dieser Anpassungsprozeß verzögert oder behindert wird. Daher lehnt der Deutsche Bundestag protektionistische und konservierende Maßnahmen in der nationalen wie der europäischen Stahlpolitik erneut grundsätzlich ab. Öffentliche Beihilfen dürfen nicht zu Dauersubventionen werden.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der Europäischen Kommission mit allen rechtlichen Mitteln auf die strikte Handhabung der vereinbarten Beihilferegulungen zu drängen und politische Handlungsalternativen zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen, die für den Fall des offensichtlichen Scheiterns einer europäischen Lösung zumutbare Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Stahlunternehmen wiederherstellen mit dem Ziel einer dauerhaften internationalen Konkurrenzfähigkeit. Dabei ist sicherzustellen, daß Umstrukturierungsprogramme nicht zur Verlagerung der Probleme auf nachgelagerte Branchen führen.

Bonn, den 24. März 1982

Dr. Lammert

Kiep

Dr. Waigel

Gerstein

Wissmann

Breuer

Weiskirch (Olpe)

Dr. Unland

Löher

Link

Frau Hürland

Landré

Tillmann

Frau Karwatzki

Dr. Pohlmeier

Dr. Schwörer

Sauer (Salzgitter)

Conrad (Riegelsberg)

Müller (Wadern)

Ganz (St. Wendel)

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion